

Kommunal-Soli

Man soll Entscheidungen von Gerichten grundsätzlich nicht kritisieren, sagt man.

Dennoch: Die in Sachen Kommunal-Soli geäußerte Rechtsauffassung des NRW-Verfassungsgerichtshofes ist ein Schlag in das Gesicht einer jeden finanzpolitisch verantwortungsvoll handelnden Kommune. Natürlich gibt es Kommunen, die aufgrund nicht von ihnen zu beeinflussender Rahmenbedingungen "arm" beziehungsweise "reich" sind. Hier müsste das Land die Bedingungen entsprechend gerechter gestalten. Stattdessen muss hier - mal wieder - ein Gericht die Arbeit der Regierung tun. Die Verantwortlichen vieler Kommunen nehmen den verständlichen Unmut ihrer Bürger hin, um eine sachgerechte Haushaltskonsolidierung umzusetzen. Sie schließen Bäder und andere Gemeinschaftseinrichtungen, dringend notwendige Investitionsmaßnahmen werden ausgesetzt. Sollen diese jetzt für Kommunen zahlen, die auch heute noch nicht ausreichend umsichtig mit Steuergeldern umgehen und Geld ausgeben, welches sie nicht haben? Soll diese ungerechte Unterstützung solange gelten, bis die noch zahlungsfähigen Kommunen ebenfalls an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geraten? Wenn dieses "sozialistische" Modell tatsächlich durchgesetzt wird, sollte man die finanzpolitische Entmündigung der unverantwortlich handelnden Kommunen gleich mitbeschließen.

Klaus Göldner